



HESSISCHER LANDTAG

06. 02. 2018

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Glyphosateinsatz auf landeseigenen Äckern beenden - ökologische Landwirtschaft muss auch auf landeseigenen Flächen zum Regelfall werden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass auf konventionell genutzten landwirtschaftlichen Flächen im Eigentum des Landes Hessen weiterhin gefährliche glyphosathaltige Pflanzenvernichtungsmittel eingesetzt werden.
2. Der Hessische Landtag stellt weiterhin fest, dass das Land Hessen große Beträge für die Förderung des Umstiegs von der konventionellen zur ökologischen Landwirtschaft zur Verfügung stellt, auf Flächen im Landesbesitz und in landeseigenen Betrieben aber weiterhin konventioneller Landbau betrieben wird.
3. Die Hessische Landesregierung sorgt dafür, dass auf allen im Eigentum des Landes Hessen befindlichen oder angepachteten Flächen, die von Landesbetrieben bewirtschaftet werden, keine glyphosathaltigen Pflanzenvernichtungsmittel eingesetzt werden. Darüber hinaus setzt sich die Landesregierung für einen Importstopp von mit Glyphosat belasteten Nahrungs- und Futtermitteln ein.
4. Das Land Hessen unterstützt die hessische Landwirtschaft dabei, so schnell wie möglich auf den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenvernichtungsmitteln zu verzichten.
5. Die Hessische Landesregierung leitet auf allen im Eigentum des Landes befindlichen oder angepachteten Flächen, auf denen noch konventionelle Landwirtschaft betrieben wird, die Umstellung auf ökologischen Landbau ein.

Begründung:

Wer eine zukunftsfähige Landwirtschaft will, muss sie sozial und ökologisch gestalten. Es ist mehr als bedauerlich, dass das Land Hessen mit relativ guten Förderprogrammen versucht, Betriebe zur Umstellung zu bewegen, auf landeseigenen Ackerflächen aber immer noch konventionelle Landwirtschaft betrieben werde. Selbst der Einsatz von Glyphosat ist auf landeseigenen Ackerflächen noch möglich. Nicht nur wegen der mangelnden Vorbildfunktion ist dies völlig inakzeptabel. Der Einsatz von Glyphosat entspricht keiner guten fachlichen Praxis.

Glyphosathaltige Pflanzenvernichtungsmittel zerstören die Artenvielfalt, erzeugen mit ihrer antibiotischen Wirkung resistente Bakterien im Boden und beeinträchtigen die Bodenfruchtbarkeit. Die Auswirkungen von Glyphosat auf die gesamte Tier- und Pflanzenwelt sind unkalkulierbar. Das alleine rechtfertigt ein Verbot dieser Chemikalie.

Glyphosat und sein Hauptabbauprodukt AMPA (Aminomethyl-Phosphonsäure) gelangen in Organismen - auch in uns Menschen - und stehen im Verdacht, Krebs auslösen zu können. Darüber hinaus erhöht Glyphosat das Risiko, an neurodegenerativen Erkrankungen wie Alzheimer, Parkinson oder Autismus zu erkranken. Deshalb müssen der weitere Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln in Deutschland sowie der Import von mit Glyphosat belasteten Nahrungs- und Futtermitteln verboten werden.

Wiesbaden, 6. Februar 2018

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler